Verordnung über den Leitungskataster

Vom 27. April 1993

GS 31.228

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 26 Absatz 6 des Strassengesetzes vom 24. März 1986¹, beschliesst:

A. Allgemeines

§ 1 Zweck

Der Leitungskataster dient der Planung und dem Unterhalt von Versorgungs- und Entsorgungsnetzen.

§ 2 Umfang

In den Leitungskataster einer Gemeinde sind alle Leitungen einschliesslich der dazugehörenden ober- und unterirdischen baulichen Anlagen aufzunehmen. Priorität kommt der Erstellung im Siedlungsgebiet zu.

B. Zuständigkeit

§ 3 Aufsicht

¹ Die Aufsicht über die Anlage und die Nachführung der gemeindeweisen Leitungskataster obliegt der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion.

² Das Vermessungsamt ist die zuständige Dienststelle. Es berät die Gemeinden bei der Anlage und der Nachführung, erstellt administrative und technische Ausführungsvorschriften und verifiziert den Leitungskataster.

§ 4 Arbeitsvergebung

¹ Die Arbeitsvergebung für die Anlage und für die Nachführung der Leitungskataster erfolgt durch die Gemeinde. Die Genehmigung des Vermessungsamtes ist erforderlich.

¹ GS 29.252, SGS 430

² Die Arbeiten dürfen nur an Bauverwaltungen oder Unternehmen vergeben werden, die über einen ausgebildeten, verantwortlichen Vermessungsfachmann verfügen.

§ 5 Aufbewahrung/Datensicherung

¹ Nach Abschluss der Anlage des Leitungskatasters sind die Erstellungsakten durch die Gemeinde zu archivieren. Das gleiche gilt für die Nachführungsakten.

² Die Originalpläne sind gegen Elementarschäden zu versichern.

³ Digitale Abspeicherungen von Leitungskatastern sind nach den Grundsätzen der Datensicherungsnorm der Schweizerischen Normenvereinigung für das amtliche Vermessungswesen sicherzustellen (SN 612010 [kann beim Vermessungsamt eingesehen werden]).

C. Technische Grundlagen und Vorschriften

§ 6 Form des Leitungskatasters

¹ Der Leitungskataster kann analog auf Plänen oder durch Abspeicherung der digitalen Daten erfasst werden. Dabei unterscheidet man zwischen der Grundlagen-Information (Grundlagepläne) und der eigentlichen Leitungs-Information (Leitungspläne). Die Kombination der Verfahren pro Informationsbereich ist zulässig.

² Das analoge oder kombinierte Verfahren erfolgt in der Regel im Zwei- oder Mehrblattsystem.

§ 7 Digitale Datenschnittstelle

Der Kanton, die Gemeinden und die Leitungseigentümer (Werke) legen gemeinsam eine Schnittstelle für den Austausch der digitalen Daten im Leitungskataster fest.

§ 8 Einteilung der Pläne

¹ Die Planeinteilung richtet sich nach den Koordinatenlinien (Rastersystem).

² Begonnene Kataster mit anderen Planeinteilungen können mit Einverständnis des Vermessungsamtes beibehalten werden.

§ 9 Massstab

¹ Der Massstab der Pläne im Baugebiet ist 1:200. Ausserhalb des Baugebietes entspricht der Massstab mindestens demjenigen der betreffenden Grundbuchpläne.

² Leitungskataster, welche in anderen Massstäben angelegt oder begonnen

worden sind, können beibehalten werden. Die Umarbeitung auf den Massstab 1:200 ist anzustreben.

§ 10 Grundlagen

¹ Die Daten der amtlichen Vermessung (Grundbuchpläne, digitale Daten der Grundbuchpläne) bilden die Basis für die Erstellung der Grundlagepläne. Weitergehende Anforderungen an den Grundlageplaninhalt regelt die Gemeinde.

² Wenn die Genauigkeit der Grundbuchpläne und des Verfahrens gewährleistet sind, darf die Vergrößerung im Verhältnis von höchstens 1: 2,5 (Original: Vergrößerung) erfolgen. Andernfalls ist eine Revision der amtlichen Vermessung vorzunehmen. Das Verfahren ist vorgängig mit dem Vermessungsamt abzusprechen.

§ 11 Signaturen

Die Darstellung der Leitungen und Objekte erfolgt nach den gültigen Zeichen- vorlagen des Kantons.

§ 12 Inhalt des Leitungskatasters

¹ Im Leitungskataster sind zum Inhalt des Grundlageplanes alle Werkleitungen mit ihren zugehörigen ober- und unterirdischen baulichen Anlagen zu erfassen.

² Er erstreckt sich im Minimum über das öffentliche Areal, wobei die Hauptleitungen in allen Fällen zu erfassen sind.

³ Die Gemeinden können Mehranforderungen, z.B. die Aufnahme von Hausanschlüssen u.a., beschliessen. Sie regeln in diesem Fall die Kostentragung.

⁴ Im Leitungsinformationbereich sind aufzunehmen:

- a. die Objekte der Wasserversorgung
- b. die Objekte der Gasversorgung
- c. die Objekte der Elektrizitätsversorgung
- d. die elektrischen Nebenanlagen und Markierungen an Strassen
- e. die Objekte von Telefon, Rohrpost und Gemeinschaftsantennenanlagen
- f. die Objekte der Kanalisation und Strassenentwässerung
- g. die Objekte der öffentlichen Sauberwasserleitungen und Drainagen
- h. die Objekte der kanalisierten Gewässer
- i. die Objekte der Wärmeversorgung
- k. die Objekte der öffentlichen Verkehrsbetriebe
- l. die Objekte der Schiessanlagen
- m. Militärische Anlagen: Über die Aufnahme der Leitungen von Militäranlagen entscheidet die zuständige Festungssektorstelle
- n. die konzessionierten Privatleitungen und unterirdischen Objekte vor den Baulinien

o. die Leitungen ausser Betrieb im Rahmen der Nachführung.

§ 13 Vermessungstechnische Richtlinien

¹ Alle sichtbaren und zugänglichen Leitungen und Objekte sind in der Regel auf das Lagefixpunktnetz der amtlichen Vermessung (Polygonpunkte) einzumessen und in die Pläne einzutragen.

² Die Messungen haben mit Zentimetergenauigkeit möglichst nach der polaren oder orthogonalen Methode zu erfolgen.

³ Die Lage der nicht sichtbaren, unzugänglichen Leitungen und Objekte wird anhand der Detailpläne der Leitungseigentümer in den Leitungskataster übertragen.

⁴ Liegen keine einwandfreien, mit dem Ausbau übereinstimmenden Projektpläne vor, so sind die Leitungen und Objekte mit geeigneten Methoden durch den Leitungseigentümer zu rekonstruieren und einzumessen. Leitungen, deren genauer Lauf vorläufig nicht erhoben werden kann, sind als "unsichere Leitungen" darzustellen.

§ 14 Zeitpunkt der Einmessung

¹ Alle neuen Leitungen und Objekte sind vor dem Eindecken der Gräben einzumessen und in die Pläne einzutragen.

² Werden Leitungen freigelegt, die anhand der Projektpläne der Leitungseigentümer in den Leitungskataster übernommen wurden, so sind sie neu einzumessen und gegebenenfalls in den Plänen richtigzustellen.

³ Werden neue oder freigelegte Leitungen und Objekte vor dem Einmessen eingedeckt, so sind sie auf Kosten des Leitungseigentümers soweit freizulegen, dass die einwandfreie Einmessung möglich wird.

⁴ Das Meldewesen für die Einmessung von Leitungen und Objekten ist Sache der Gemeinden. Das mit den Ausführungsarbeiten beauftragte Unternehmen orientiert die Gemeinde zuhanden der Nachführungsstelle mindestens 24 Stunden im voraus.

§ 15 SIA-Empfehlung 405

Soweit die kantonalen Vorschriften nichts anderes vorsehen, wird die Anpassung an die SIA-Empfehlung 405, August 1985, Planwerke für unterirdische Leitungen (kann beim Vermessungsamt eingesehen werden), angestrebt.

D. Kostenverteilung

§ 16 Grundsatz

¹ Die Kosten für die Anlage des Leitungskatasters sind vom Kanton, der Ge-

meinde und den Leitungseigentümern zu tragen.

² Die Kosten umfassen die Aufwendungen für die Grundlagenbeschaffung und die Erstellung des Leitungskatasters. Darunter fallen folgende Arbeiten:

- a. Beschaffung der Daten der amtlichen Vermessung für die Grundlagepläne;
- b. Erstellen der Planeinteilung;
- c. Erstellen der Grundlagepläne;
- d. Einmessung aller sichtbaren und zugänglichen Leitungen und Objekte;
- e. Beschaffung der Werkleitungspläne sowie der Übertrag der Leitungen;
- f. Erstellen der Leitungspläne;
- g. Reproduktionsarbeiten;
- h. Datenverwaltung, -sicherung.

§ 17 Verteilung bei der Anlage

¹ Die Kosten für die Anlage des Leitungskatasters gemäss § 16 Buchstaben a–c (Grundlagenbeschaffung) werden in der Regel wie folgt aufgeteilt:

a. Strasseneigentümer (Kanton, Gemeinden, Private)	20%
b. Wasserversorgung	15%
c. Kanalisation	10%
d. Elektrizitätswerk	10%
e. PTT	10%
f. Gaswerk	10%
g. Kanton	10%
h. Gemeinschaftsantennen (TV-Radio)	5%
i. Öffentliche Verkehrsbetriebe (sofern diese über unter- oder oberirdische Anlagen verfügen)	5%
k. andere (Bestimmungsanteil der Gemeinde)	5%

Bei denjenigen Gemeinden, für welche der Kanton die Vereinbarung vom 4. März 1986 mit der PTT abgeschlossen und eine Pauschalentschädigung für die Kosten der Grundlagenbeschaffung gemäss § 16 Buchstaben a–c erhalten hat, wird der PTT-Anteil vom Kanton übernommen.

² Die Kosten für die Anlage des Leitungskatasters gemäss § 16 Buchstaben d–f werden jedem Leitungseigentümer nach Aufwand in Rechnung gestellt; die Aufwendungen für § 16 Buchstaben g und h im Verhältnis der Summe von § 16 Buchstaben d–f.

³ Fehlen einzelne der im Absatz 1 erwähnten Kostenträger oder treten neue hinzu, so werden die Prozentanteile proportional gemäss vertraglicher Vereinbarung erhöht bzw. reduziert.

⁴ Der Anteil der Strasseneigentümer (§ 17 Absatz 1) wird proportional zu den Strassenlängen berechnet.

⁵ Die Gemeinden können den Bestimmungsanteil gemäss Absatz 1 Buchstabe k

auf andere Kostenträger oder auf die in Absatz 1 aufgeführten Beteiligten abwälzen.

§ 18 Vertrag

Die Kostentragung gemäss § 17 ist in jeder Gemeinde mit den beteiligten Kostenträgern vertraglich zu regeln.

§ 19 Einkauf bei späterer Beteiligung

¹ Allfällige, erst später am Leitungskataster beteiligte Stellen haben eine den Interessen sowie dem Stand des Leitungskatasters entsprechende, vertraglich festzulegende Einkaufssumme zu entrichten.

² Die Einkaufssumme ist der Gemeinde zu bezahlen. Sie wird den bisherigen Kostenträgern entsprechend ihrer prozentualen Beteiligung gutgeschrieben.

§ 20 Verteilung bei der Nachführung

¹ Die Kosten für die Nachführung der Leitungsinformationen werden dem Verursacher (Verwaltung, Werk) direkt in Rechnung gestellt.

² Die Kosten für die Nachführung der Grundlagenpläne (Datenbezug, Plan-nachführung), für die Reproduktionsarbeiten und für die Datenverwaltung und die Datensicherung werden periodisch gemäss § 17 Absatz 1 aufgeteilt. Die PTT-Betriebe entgelten die Nachführung gemäss der Vereinbarung vom 4. März 1986 zwischen den PTT und dem Kanton.

§ 21 Bisherige Kosten

¹ Die seit 1. Januar 1969 entstandenen Kosten für die Anlage des Leitungskatasters sollen bei einem Vertragsabschluss den beteiligten Leitungseigentümern belastet werden, und zwar getrennt nach Anlage und Nachführung.

² Voraussetzung ist, dass die betreffenden Daten für die Anlage des Leitungskatasters nach Massgabe dieser Verordnung verwendbar sind.

§ 22 Rechnungswesen

Über die Anlage und Nachführung des Leitungskatasters hat die Gemeinde eine gesonderte Rechnung zu führen.

E. Inanspruchnahme

§ 23 Benützung, Gebühren

¹ Der Leitungskataster steht allen Stellen, die an der Kostentragung der Anlage und der Nachführung beteiligt sind, unentgeltlich zu Verfügung. Plankopien oder

digitale Datensätze werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.

² Anderen Interessenten, die nicht an der Kostentragung beteiligt sind, steht der Leitungskataster gegen Gebühren zur Verfügung.

- a. Die Kosten für Plankopien oder für digitale Datensätze werden gemäss den Ansätzen des Vermessungsamtes für die Nachführung im amtlichen Vermessungswesen berechnet.
- b. Die Erlöse bei der Abgabe von Plankopien oder von digitalen Datensätzen stehen den Gemeinden zu.
- c. Die Abgabe von digitalen Datensätzen darf nur mit Bewilligung des Vermessungsamtes erfolgen.

³ Bei der Abgabe von digitalen Datensätzen ist der Empfänger schriftlich über die Qualität und die Vollständigkeit der Daten sowie über den erlaubten Verwendungszweck zu informieren.

F. Umarbeitung grafischer Leitungskataster

§ 24 Zweck

Bestehende, vom Vermessungsamt verifizierte Leitungskataster können in digitale Form umgearbeitet werden.

§ 25 Verfahren

¹ Das Verfahren zur Umarbeitung in die digitale Form sowie die Arbeitsvergebung bedürfen der Genehmigung des Vermessungsamtes.

² Jegliche digitale Umarbeitung des Leitungskatasters ist dem Vermessungsamt zur Verifikation vorzulegen.

§ 26 Qualität der Umarbeitung

Die Qualität der digitalen Form muss bezüglich Genauigkeit, Darstellung und Vollständigkeit derjenigen des der Umarbeitung zugrunde liegenden grafischen Leitungskatasters entsprechen.

§ 27 Kostenverteilung

Die Kostentragung für die Umarbeitung wird zwischen der Gemeinde und den am Leitungskataster beteiligten Stellen mit besonderer Vereinbarung vertraglich geregelt.

G. Geheimhaltung

§ 28

Akten, Pläne und Daten über den Leitungskataster dürfen nur an Aussenstehende herausgegeben werden, welche ein schützenswertes Interesse glaubhaft machen können.

H. Schlussbestimmung

§ 29 Aufhebung bisherigen Rechts

Der Regierungsratsbeschluss vom 23. Dezember 1968¹ betreffend die Anlage und Führung von Leitungskatastern in den basellandschaftlichen Gemeinden und das Reglement vom 2. Juli 1975² der Baudirektion über die Anlage und Führung von Leitungskatastern werden aufgehoben.

§ 30 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 15. Mai 1993 in Kraft.

¹ GS 23.769, SGS 489

² GS 25.932, SGS 489.1